Saarzeitung

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, St. Marth 8
Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung
Fernsprecher 3026 Postscheck 70

DIS SPAT ATQUE FOVET 18 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post Frk. 1.10
Anzeigenpreis: Die dreispaltige 40 mm breite 0.45 Frk., Deutschland 10 Pfg. Amtliche Anzeigen 30 Cmk.

Nummer 245 — Dienstag, den 21. Oktober 1930 — 59. Jahrgang

Nach dem Regierungssieg.

Die politische Lage in Berlin

Der Kanzler hat die Besprechungen über den Finanzausgleich aufgenommen.

Berlin, 20. Okt. Trotz der Abstimmungssieges der Regierung und der Vertagung des Reichstages geriet sich die politische Situation auch weiterhin interessant. Der Regierung selbst will der Erfolg noch weiter zustatten, um eine möglichst große Breite der Basis für eine Verständigung der parlamentarischen Arbeiten zu schaffen. Der Reichskanzler hat heute bereits zu diesem Zweck eine Besprechung mit dem bisherigen Ministerpräsidenten Dr. Braun aufgenommen. Heute abend hatte sich der Kanzler in Begleitung des Reichsfinanzministers Dietrich nach Stuttgart, um mit der württembergischen Regierung und den Staatsministern von Baden und Hessen Besprechungen über den Finanzausgleich und die weitere Gestaltung der Finanzen von Reich, Ländern und Gemeinden abzuhalten.

Inzwischen wurde heute von den Rechtsparteien beschlossen, auf eine Abstimmung des Reichstagspräsidenten, erst nicht am 3. Dezember zusammenzutreten, hinzuarbeiten. Die Verhandlungen der Mittelgruppe des deutschnationalen „Lokalanzeigers", daß die Deutschnationalen und Nationalsozialisten bereitwillig sein dürfen, eine Vertagung der Verfassung die Wiederzusammenberufung zu verhindern, und daß sie bis dahin nach nur wurden, ist bereits überholt worden durch neue Verhandlungen von der Fraktion der Deutschen Landvolkpartei gefaßten Beschluß, beim Reichstagspräsidenten die frühere Einberufung des Reichstages zu beantragen. Es bleiben somit noch zwischen Regierung und Reichstagsrat und dem Reichspräsidenten in Verbindung getreten. Jedoch wird zugebenzuweilen ein dahingegen zu fassender endgültig ohne weiteres Zutun. Das geht aus einer Verlautbarung der „Germania" hervor, in der hervorgehoben wird, daß die Reichstagsmehrheit die Vertagung beschlossen habe und der Reichstag selbst bestimmen wird, wann nächsten Termin seines Zusammentritts zu bestimmen. Da der Reichstag bereits am 11. Oktober die Wiederaufnahme seiner Arbeiten begonnen hat, hat er die Forderung der Verfassung erfüllt, daß der Reichstag in jedem Jahr am ersten Mittwoch im November zusammentreten muß. Es hat sich bereits vor diesem Zeitpunkt zusammengetreten.

Im Übrigen wird das Wort die interessante Mitteilung, man dürfe nicht übersehen, daß die nationalsozialistische Bewegung wieder stärker Bewegung und einer Bewegung gegen das Einbringen unbestreitbar meinenfernster Interessen mit sich bringe, die in Moskau beherzigen und auch Deutschland impertinent machen. Es ist höchst Zeit, daß hier eine Gegenbewegung wirkt, die Sicherheitsfrage Europas ist nicht eine nur eine militärische Frage, sie ist auch eine eminente Geldsicherungsfrage.

Aus dem Auswärtigen Ausschuß.

Berlin, 20. Okt. Im Auswärtigen Ausschuß des Reichstages, der am Montag unter dem Vorsitz des Abg. Friedrich (NSD.) zusammengetreten war, erstattete Reichsaußenminister Dr. Curtius einen ausführlichen Bericht über die Genfer Verhandlungen. Hieran schloß sich eine längere Aussprache, an der sich die Vertreter aller Parteien beteiligten. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Am Mittwoch, den 29. Oktober wird sich der Auswärtige Ausschuß mit den Anträgen über die Schutz- und Revisionsmöglichkeiten des Dawesgesetzes befassen.

Die volksnationalen Abgeordneten legen ihr Mandat nicht nieder.

Berlin, 20. Okt. Die sich aus dem volksnationalen Reichstagsabgeordneten Abt, Ahlhoff, Bielinski, Bernemann, Hetz und Quaatz bestehende Gruppe hat bekanntlich, wie der Vorsitzende Hetzer, ihr Mandat niederzulegen, eine Erklärung abgegeben, in der es heißt: Die Abgeordneten werden an ihrer Ansicht, daß ihr Mandat niederzulegen, ihre Begründung fährt sie an, daß sie als Vertreter der Deutschen Staatspartei gewählt worden seien. Für Fälle benegsamer heißt, daß der Nationalsozialistische Regierungsrat Hugo Kreutzer Staatssekretär (Deutsche Demokratische Partei) Volksnationale Reichstagsabgeordnete Dr. Scholz und Dr. Schreiber weiter sich, daß wolle Leite der Demokratischen Partei Reichstagsabgeordnete Dr. Dietrich, Dr. Mumm, Dr. Schreiber und das Verlassen der Deutschen Staatspartei ablehnen, so handeln sie verfassungsmäßig und entsprechend der Meinung des überwiegenden Teiles der Wähler.

Nur Gerüchte?

Ein Moratorium für die Kriegsschulden?

London, 20. Okt. Wie Dawes unter allen Vorbehalten und unter Hinweis darauf, daß eine Stellungnahme nicht zu erreichen sei, aus Washington meldet, soll nach dort vorliegenden Gerüchten von geeigneter Seite, zu denen in erster Linie der Gerücht des Schatzamtes Mellon, der Kundschaft der Lydon Willis und der Leiter der Federal Reserve Bank von Neuyork, George Harrison, gehören, der Plan eines Moratoriums für die Schuldenzahlungen der Alliierten an Amerika an die Vereinigten Staaten erörtert werden. Dieser Plan, so berichtet der Korrespondent, würde natürlich nur eine bedingte Bedeutung gewinnen und nicht mehr bedeuten, ob ein solcher Entwurf überhaupt jetzter einmal den tatsächlichen Verhältnissen angepaßt werden könne, als daß die in ihm vorgesehenen Bedingungen die Wirksamkeit dieses Abwendung finden könnten. Aber die kaum mehr als theoretische Bereitschaft der amerikanischen Regierung, solche Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, wäre allein schon ein Beweis dafür, wie wichtig die von der Reichsregierung einer entschlossenen Aktion seitens der Vereinigten Staaten in einer nicht allzu fernen Zukunft überzeugt sind.

Weiter meldet Times, daß der früheren Reichsbankpräsident Dr. Schacht am Sonntag eine bedeutsame Unterredung mit dem Staatssekretär Stimson gehabt habe und heute den Präsidenten Hoover und den Staatssekretär Mellon gesprochen werde. Ueber den Inhalt der Unterredung mit Stimson soll nichts näheres bekannt sein, aber Dr. Schacht habe beim Verlassen des Büros des Staatssekretärs Pressevertretern gegenüber sich dahin geäußert, daß nach seiner Meinung Deutschland keiner weiter Regierungen Deutschland keiner weiter Regierungen sein werde, ein Moratorium für seine Reparationszahlungen zu beantragen. Auf die Nachfragen eines Reporters, ob Deutschlands internationaler Verpflichtung soll Dr. Schacht nicht näher eingegangen sein, er habe jedoch auf die wirtschaftliche Angespanntheit, die Deutschland durch den Versailler Vertrag widerfahren sei, und die Notwendigkeit einer Revision desselben hingewiesen. Der Times-Korrespondent bemerkt dazu, es wäre über erstaunt, wenn Dr. Schacht in seiner heutigen Unterredung mit dem Präsidenten von Hoover und Staatssekretär Mellon, der amerikanischen Regierung nicht auf bestimmte Dinge noch näher eingegangen.

Fünf Jahre Reparationspause?

Neuyork, 20. Okt. Der Korrespondent der Sudder hat der Verfassung des Ausschusses für Bankwesen und Währungsangelegenheiten in Repräsentantenhaus, daß heute in einem Interview mit einem Vertreter der „Neuyork Journal American" wichtige Informationen über die Deutschland wirtschaftliche Lage und das Reparationsproblem ab. Deutschland sieht sich einer Wirtschaftskrise gegenüber, so betonte Hudden, und es muß unverzüglich etwas unternommen werden, um diese Lage zu erleichtern. Jetzt ist es Zeit, in aller Oeffentlichkeit das Reparationsproblem zu erörtern. Anstelle zusätzlicher Bemühungen, Deutschland zu Zahlungen zu zwingen, Deutschland sind eine offensichtliche Hinausschiebung der Lösung des Reparationsproblems und ein Moratorium für das Jahrzehnt mit dem Ziel einer Herabsetzung der Reparationssummen ist notwendig. Für den Fall, daß die Alliierten auf die volle Zahlung der Reparationen bestehen, wäre eine entsprechenden Haltung Amerikas bezüglich der alliierten Kriegsschulden der einzige Ausweg. Ein sonstiges Moratorium für die alliierten Kriegsschulden, während weiter jetzt Deutschland keine Reparationen zu zahlen habe, würden nach Huddens Ansicht zur Lösung des gegenwärtigen internationalen Wirtschaftsproblems wenigstens beitragen.

Französische Mißgunst gegen die Saarindustrie.

Ein bezeichnender Vorstoß gegen die „Saarkonkurrenz" — trotz insularer Wirtschaftskonjunktur.

(Von unserem eigenen Korrespondenten.)

Saarbrücken, den 19. Okt.

Von den Sitzungsbericht in der Berliner Metallindustrie erwähnten die Franzosen keineswegs einmütig eine Rückwirkung auf die Weltwirtschaftsbrand. Die Exportfähigkeit der deutschen Eisenindustrie habe in der letzten Zeit außerdem keinen geringen Umfang erhalten, wobei selbst die unübertroffenen Verschwinden — wahrend einer doch immerhin sich langen Dauer — sich als Belieferung für die übrigen Ländern ausdrücken können.

Dagegen bereitet die „Saarkonkurrenz" den Franzosen, wie auf ein Sichtwort, in sämtlicher Zeit „Bemerkungen". Die Saargesellschaft hat französischen Eisenindustrie (O. S. P. M.) hoje in einer streitenden Generalversammlung eine Kommission niedergelegt und den Anfang Maßnahmen gegen den Wettbewerb des (zollfreigebiedenen) Saargebiets zu prüfen. Die Gesellschaftsleitung äußerte sich nur Tag zu Tag unzufriedener, nicht nur für Angestellen und Angestellten, sondern zu zahlreich auch für Schreiben und Eisenbahnerstimmen. Die unerhaltende Produktion leidet in keiner Vergangenheit für den Absatz in Frankreich, weil sie keine Zölle zu zahlen brauchen. Stabeisen werde aus dem Saargebiet seien, ganz Grundsätzlich und 500 Frk. bei Kontingentierung, für mittlere Objekte angehaben; Wirkeisen sei mit 600 Frs., Bekanntmachen mit 500 Frs. Bestimmungsmaßnahmen worden. Insbesondere in der Schwarzblechfabrikation und Eisenindustrie habe die Saarindustrie durch eine Preisunterbietung, die die Franzosen sich nicht anpassen können, bedeutende Auftrag angenommen und bedeutende Gewinne erzielen. Es ist eine nachgerade antragende Kriegslage gebrauchen, die Regierungsnahme und Behörde unausweichlich sei! Wie immer von jeher, Deutschland hat für Frankreich ein lohnendes und wichtiges Absatzfeld dargestellen — das Saargebiet für sich selbst, selbst einmal unter Ausnahmung der Konjunktur oder überlegener Industriekonkurrenz ist nach dem zollfreigebiedenen französischen Markt zu verkaufen, können der französische Industrie-Fachmann sich schon auf, als im Verlaufe dieses Jahres die Nichtzahlen Eisen- und Stahlwerke, wegen des zunehmenden nichtzahlenden Verkaufs von Eisenwerkstoffen, gewinnlig einen Nachteil auf Gegenreiterhöhen umbeiten und mit Beginn Erzgangung auf den überlist nach sehr aufbauchbaligen französischen Zolldumpfmarkt erschienen, wobei sie notgedrungen die mit den Gegenreiten ausgenommen französischen Verbandspreise um eine 5 Frs. je t unterbieten. Nach größer wurde das französische Unbehagen, als eine führende französische Schrauben-Industrie sich kürzlich eine ausgereiteste Niederorganisation in Frankreich schuf. Diese Mißgunst verschärfte sich angesichts der internationalen Erfolge mittelmeerischer Saarwerke, wie der Gesellschaft für Zahnradbau Crich Hacket also.

In politischen Beziehung erscheint es hoch erfreulich, ob die Erkrisis der dem Saargebiet aufzuzwingenden französischen Zollsystems — u. a. auch in der Kriminalpolitik — dem sich hervorhebenden Regierung beherrschenden Mentalitätsbildung sich geltend machen, wobei hervorhebt wird, daß sich der Bernunft beschleunigt wird, d. h. die Duldung bedauerlicher Rückgliederung der Saar in die angeblammte, nationalistische Wirtschaftsbereich des Reiches.

In Wahlgebieten hat in der abgelaufenen Woche der innerinnenwerte Bestand der Franzosen auf den, vermutlich für die Franzosen, sehr ungünstigen Ausgang der Reichstagswahl. Auf dem Wahlgebiete verursacht, die durch die Dringlichkeit der Belgier in Deutschland und Frankreich, ja sogar in Frankreich selbst, wobei hervorhebt wird, daß sich Antwerpen demgemäß bis auf Pl. St. 4,2, Brüsseranbieten lieger bermuter, während Zrüger in Karnatrapitalien Pl. St. 3,14 auch in englischen Pfunden Pl. St. 3,16 notieren. Trotz angeschwächter Tendenz kommt hier die ausgleichende Stabilisierung; höchstens hat die Anlagung ausländischer Arbeitscharfe sich verengt. Nur in Schienen wird ein größerer Bedarf zum Ausdruck kommen. Die Zrügern entfallen wegen der Zurückhaltung des Handels allmählich Lagerbestände auf den Werken. Diese Zurückhaltung entspricht einer Angespanntheit, die den Werken eine lohnende Arbeit zu sichern; Arbeitsmangel von Erzgegrieten bedeutet, eine weitere Senkung sei ausgeschlossen. Auf dem Metallmarkt war das zollfreiliche Aufkommen